

TAGUNGEN

Probleme der Einkommensbildung und Einkommensverteilung

Dieser in der Wirtschaftstheorie noch wenig geklärte Fragenkomplex stand im Mittelpunkt der 36. wirtschaftswissenschaftlichen Tagung des *Vereins für Sozialpolitik*, die vom 26. bis 28. September im Kölner Gürzenich stattgefunden hat. Es ist nicht leicht, die Ergebnisse dieser Tagung auf einen Nenner zu bringen. Die Kompliziertheit und der noch sehr unzulängliche Stand der empirischen Durchleuchtung der behandelten Probleme ließen weiterhin

viele Fragen offenbleiben. Die theoretischen Erörterungen und Diskussionen haben andererseits gezeigt, wie wesentlich inzwischen die Wirtschaftswissenschaft auch auf diesem Gebiet fortgeschritten ist.

Eingeleitet wurde die Tagung mit dem Vortrag des Bonner Nationalökonom Prof. Dr. *Erwin von Beckerath* über „Politik und Wirtschaft: Ist rationale Wirtschaftspolitik möglich?“ Der Vortragende hob hervor, daß man sich unter einer „rationalen“ Wirtschaftspolitik nur ein System von Mitteln vorstellen könnte, die sinnvoll aufeinander und auf gegebene Ziele abgestimmt werden. Jedes rationale wirtschaftspolitische Handeln gehe von einer konkreten Situation aus, die in allen Teilen durchforscht sein müsse. Die erregendste Frage im Bereich der Wirtschaftspolitik sei die nach den

Zielen. Diese seien aber nicht bloße „Symbole und Imperative“, sondern vielmehr Bestandteile eines europäischen Kulturbewußtseins, gewissermaßen Projektionen aus einer höheren Wertebene mit ethisch verbindlicher Kraft. Letzten Endes habe die rationale Wirtschaftspolitik mit Werten wie persönlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit zu tun. „Die Vergrößerung des Sozialprodukts hat keinen Sinn, wenn die Vorstellung einer gerechten Verteilung fehlt oder die Stabilität des Geldwertes verlorengeht, wodurch sich eine Hauptquelle sozialer Ungerechtigkeit aufzutut.“ Durch den Ausbau des Marktmechanismus, so wichtig er auch sei, lassen sich die Ziele einer rationalen Wirtschaftspolitik nicht erreichen. Sollen sie optimal kombiniert werden, so müsse die Wirtschaftspolitik von den vielfältigen, sorgsam zu berechnenden, politisch oft schwer beweglichen Instrumenten Gebrauch machen. Die Wirtschaftstheorie, die heute trotz aller „Ideologieverhaftung“ über neue Erkenntnisse verfüge, könnte Grundlage einer solchen wissenschaftlichen Wirtschaftspolitik sein. In diesem Zusammenhang wies von Beckerath auf die in *Euckens* Ordnungsidee veranschaulichte Interdependenz der ökonomischen Vorgänge und die an das Werk von *Keynes* anschließende makroökonomische Betrachtungsweise hin. Wirtschaftspolitische Entscheidungen seien Akte der politischen Willensbildung. In einer parteistaatlichen Demokratie biete die Diskussion von Argumenten in voller Öffentlichkeit der Wissenschaft eine große Chance, auf die Bildung des Wählerwillens einzuwirken, Ideologien und Scheingründe zu entlarven usw. Sie gewinne an Gewicht, wenn die wissenschaftliche Beratung „institutionalisiert“ werde, wie es heute schon in einer Reihe der wirtschaftlich führenden Staaten der Fall sei.

In dem Vortrag über „Formen der Einkommensbildung und Einkommensverteilung“ legte Prof. Dr. *Hans Peter*, Tübingen, dar, daß aus Gründen methodischer Vereinfachung die Theorie vorzugsweise an Stelle der personellen Verteilung die funktionelle Verteilung behandle, d. h. sie untersuche die Frage, wie sich das Volkseinkommen auf Lohn, Rente, Zins und Unternehmervergewinn entsprechend den originären Produktionsfaktoren (Arbeit, Boden, Kapital) verteile. Eine Untersuchung des Verteilungsprozesses erfordere jedoch eine Analyse der Morphologie der Wirtschaftsgesellschaft, die die verschiedene Verhaltensweise der einzelnen berücksichtigt und die Vereinfachungshypothesen der reinen Markttheorie überwindet. Von der modernen Theorie würden die eigentlichen Ursachen der Verteilung in dem gesucht, was man zunächst als die Struktur der Gesellschaft bezeichnet habe. Die empirisch fundierte kritische Verteilungstheorie stehe noch ganz in ihren Anfängen. Für die Empirie der Einkommensschichtung seien wir auf die Statistik der einschlägigen Steuern angewiesen, die nur ein begrenztes Blickfeld bieten.

Auch nach Prof. Dr. *Wilhelm Krelle*, St. Gallen, der an Hand eines umfangreichen statistischen Materials die „Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung in der modernen Gesellschaft“ behandelte, ist eine wirkliche Lösung des Problems der funktionellen Verteilung noch nicht erreicht. Die Statistik zeige in den Industrieländern eine langfristig etwa gleichbleibende Verteilung mit einer konjunkturellen Abhängigkeit derart, daß der Anteil des reinen Besitzeinkommens — entsprechend der durchschnittlichen Realkapitalverzinsung — in der Depression niedrig, im Konjunkturaufschwung hoch sei. Die Realverzinsung werde durch ihre Untergrenze, den Mindestzins, bestimmt, bis zu dem eine Marktwirtschaft noch funktioniere (eine Obergrenze gebe es praktisch nicht), ferner durch die relative Stärke von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, die Politik der Zentralbank, die Marktformen sowie die historischen Gegebenheiten. Die Auswirkungen einer Umverteilung innerhalb der möglichen Grenzen, etwa durch eine erzwungene Beschränkung der Realverzinsung, Investitionssperre usw., auf den Lebensstandard der Masse der Bevölkerung wären nach Feststellungen Krelles relativ unbedeutend.

Prof. Dr. *Horst Jecht*, Münster, ging in seinem Vortrag über „Staatliche Wirtschaftspolitik und Einkommensverteilung“ davon aus, daß die staatliche Einflußnahme eine Realität sei, die für die heutige Integration zwischen Wirtschaft und Staat konstitutive Bedeutung besitze. Grundsätzlich übe jede wirtschaftspolitische Maßnahme des Staates Wirkungen auf die Einkommensverteilung aus. Doch sei bereits die Entscheidung zugunsten eines bestimmten Wirtschaftssystems für das Verteilungsproblem von grundlegender Bedeutung. Im Unterschied zu einer zentralen Verwaltungswirtschaft bestehe im Rahmen einer Verkehrs- und Marktwirtschaft eine unmittelbare Interdependenz zwischen Produktion und Verteilung des Volkseinkommens. Jeder Eingriff in den Prozeß der Einkommensbildung müsse auf diesen Zusammenhang Rücksicht nehmen. In der jüngsten Zeit komme den finanz- und steuerpolitischen Maßnahmen, die im Dienste der Beschäftigungspolitik und des Wiederaufbaus standen, besondere Bedeutung zu. Diese Maßnahmen haben bisher zumeist die Bezieher selbständiger und hoher Einkommen begünstigt (Abschreibungs- und Investitionsvergünstigungen, steuerliche Förderung des Kapitalmarktes, Subventionen usw.). Durch die primär verteilungspolitischen Maßnahmen des Staates sei die funktionale Einkommensverteilung nur wenig, die personale Einkommensverteilung dagegen entscheidend beeinflusst worden. Die Analyse des Sozialtats der Bundesrepublik, der heute 50 vH der gesamten öffentlichen Ausgaben bzw. 23 vH des Netto-Sozialprodukts umfasse, zeige, daß durch ihn sowohl innerhalb der gleichen wie zwischen verschiedenen sozialen Schichten Verteilungs-

Vorgänge bewirkt worden seien. Das Schwerkraft der Umverteilung der Einkommen liege heute innerhalb der breiten Schicht der unselbständigen Erwerbstätigen, und zwar in der Form, daß die Kosten der Versorgung der Kranken, Invaliden, Alten usw. von den in Arbeit und Verdienst stehenden Angehörigen der gleichen sozialen Schicht getragen werden. 1950 entfielen auf diese Art der Umverteilung mindestens 63 vH der Aufwendungen des Sozialtats, während 23 vH von den selbständigen Erwerbstätigen aufgebracht worden seien. Nach Jecht nahm die Ungleichmäßigkeit der Einkommensverteilung seit dem Beginn des industriellen Zeitalters zunächst zu. Seit einigen Jahrzehnten werde diese Entwicklung durch die Tendenz zu einer größeren Ausgeglichenheit der Einkommensverteilung abgelöst. Es liege nahe, dies auf den verteilungspolitischen Interventionismus zurückzuführen. Die weitere Steigerung des Realeinkommens erfordere eine hohe Spar- und Investitionsrate. Die Aufgabe bestehe darin, einen Ausgleich zu finden zwischen dem weiteren Wachstum der Volkswirtschaft und einer Verteilung des Volkseinkommens im Einklang mit der heute gültigen Idee der sozialen Gerechtigkeit.

Als letzter sprach Prof. Dr. *Heinz Kolms*, Berlin, über den „Einfluß der nichtstaatlichen Instanzen auf die Einkommensverteilung“. Die Frage nach dem Einfluß der Gewerkschaften auf die Lohnbildung und Lohnhöhe sei zu einem wesentlichen Bestandteil der nationalökonomischen Diskussion geworden. Neben diesem Einfluß seien jedoch auch Handlungen von anderen „Instanzen“, wie Arbeitgeberverbänden usw., zu berücksichtigen. Zur Klärung der Problematik sei nicht nur eine weitere theoretische Durchdringung des Stoffes, sondern vor allem auch eine Verstärkung empirischer Forschung notwendig, wobei eine erweiterte Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und „nichtstaatlichen Instanzen“ sich förderlich auswirken dürfte.

Bereits Bundespräsident Prof. Dr. *Heuss* hat in seiner Begrüßungsansprache bei der Eröffnung der Tagung darauf hingewiesen, daß eine freie Marktwirtschaft heute nur noch in Lehrbüchern existiere. Der Verlauf der Tagung zeigte, daß die Herbeiführung einer rationalen Ordnung des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens zu einem ernsten Anliegen auch der deutschen Wirtschaftswissenschaft geworden ist.

Dr. Iwas Schröder-Brzosniowsky